

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 4

Artikel: Holland zwischen Theokratie und Fortschritt
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336577>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Holland zwischen Theokratie und Fortschritt

Ein offizielles Propagandaheft über holländische Kunst charakterisiert die Holländer als «modernes Volk, das in einem Museum lebt». Diese Bemerkung stimmt und stimmt wiederum nicht. Sicherlich sind Hollands Industrien und Industrialisierungsbestrebungen modern. Seine Landwirtschaft arbeitet nach neuzeitlichsten und rationellsten Methoden. Auch das sogenannte Poldersystem – dem Meere abgewonnenes Land – ist unerreicht. Niederländische Experten werden bis nach der Türkei und Ägypten verpflichtet, um die Anwendung dieses Systems zu zeigen.

Soziologisch trifft jedoch die Bezeichnung «modernes Volk» nicht mehr ganz zu. Im öffentlichen und politischen Leben spielen Religionen und Kirchen eine so entscheidende Rolle, daß man oft an mittelalterlichen Klerikalismus erinnert wird. Vor allem ist die Scheidungslinie viel schärfer gezogen als in wirklich modernen Staaten. Ein bezeichnendes Beispiel unter vielen: Will die neutrale, ideologisch den Sozialisten nahestehende Gewerkschaft öffentliche Versammlungen einberufen, so muß sie, um Boykottaktionen vorzubeugen, den Sonntag vermeiden – mindestens innerhalb calvinistischer Gegenden. Parlamentsdebatten beginnen sachlich und enden mit der Religion. So erlebte ich eine Aussprache über Korea. Nach einer Stunde war man bei der Seelsorge der holländischen Armee angelangt. Diese Hinweise müssen eine Betrachtung über Holland einleiten, weil man sonst einfach nicht auf den politischen Kern kommt.

Hauptträger einer Koalition aus mehreren Gruppen sind die Katholische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei der Arbeit. Als Ministerpräsident amtiert der alte Sozialdemokrat Dr. Willem Drees. Erst 1939 gelang es den Sozialdemokraten erstmals, an einer holländischen Regierung teilzunehmen. Gemeinsame Kriegserlebnisse aber waren notwendig, ehe den Katholiken gestattet wurde, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Auch heute noch empfehlen die Bischöfe öffentlich die Katholische Volkspartei. Aber unter den 27 Arbeiterparteilern der Zweiten Kammer befinden sich immerhin drei Katholiken.

Insgesamt zählt diese Kammer 98 Sitze. Mit 32 Mandaten steht die Katholische Volkspartei an der Spitze. 31 Prozent der holländischen Bevölkerung (10 Millionen) sind Katholiken.

Der Süden des Landes – Brabant und Limburg – ist zu 90 Prozent katholisch. Je weiter man nach Norden kommt, desto größer wird die protestantische Mehrheit. Es gibt nordholländische Städte ohne eine katholische Kirche. In den Großstädten ist die Relation durchschnittlich zwei zu eins zugunsten der Nichtkatholiken. Dort hat sich interessanterweise unter den Katholiken eine soziologische und ökonomische Schichtung herausgebildet, die der traditionellen jüdischen in aller Welt gleicht. Als Gruppe minderen Rechtes wandten sie sich, genau wie die Juden, überwiegend dem Handel zu. Beide kontrollierten die Konfektion. Nach stärkerer Abwanderung eines Teils der Juden zu den akademischen Berufen trat in der Konfektion das katholische Übergewicht noch deutlicher hervor. Die Ausrottung von 100 000 jüdischen Holländern muß es weiterhin verstärkt haben.

Organisatorisch blieben Calvinisten und Katholiken bis in die Berufsverbände und Vereine vollkommen getrennt. Auch Mischehen kommen praktisch nicht vor. Von katholischer Seite wird eine auffallend aktive Bevölkerungspolitik getrieben. Als symptomatisch betrachte ich einen calvinistischen Diskussionsabend in Amsterdam unter dem Motto: «Werden wir unsere bürgerlichen Freiheiten behalten, wenn die Katholiken eine Mehrheit geworden sind?»

Solche Fragestellung könnte zu Trugschlüssen führen. Die Katholische Volkspartei ist im Kern nicht reaktionär und sozial sogar fortschrittlich. Sonst wäre ja auch eine Zusammenarbeit mit Arbeiterpolitikern kaum möglich. Etwa nach schwedischem Muster will die Katholische Volkspartei durch Nivellierung einen höheren Lebensstandard der Massen erreichen. Programmatisch werden Sozialisierungen in solchen Ausnahmefällen nicht abgelehnt, wo sie im allgemeinen Interesse liegen. Auch verlangt die Katholische Volkspartei ein recht ansehnliches Existenzminimum, Staatskontrolle der Arbeitsverteilung, weitgehende soziale Sicherheit und innerhalb der Industrie Gewinnbeteiligung von Arbeitern und sogar ihr Mitbestimmungsrecht.

Solche Tendenzen sind schon deswegen erforderlich, weil man sonst das katholische Industrieproletariat, vor allem die Arbeiter der ganz neuzeitlichen Limburger Kohlengruben verlieren würde. Reaktionär ist die kleine, vom ehemaligen Sozialminister Professor Welter geführte Römisch-Katholische Nationalpartei.

Von sozialistischer Seite wurden Versuche gemacht, eine Einheitsgewerkschaft zu formieren. Bisher waren aber die Widerstände der religiösen Gruppen – vor allem der katholischen – unüberwindbar. Selbst das Zugeständnis dreier voneinander getrennter Bildungsabteilungen (Katholiken, Protestanten und Freisinnige) half nichts. Für die Bischöfe handelt es sich hier nicht mehr um

wenige Intellektuelle, sondern um 300 000 organisierte katholische Gewerkschafter. Auf diese Massen wollen sie keinesfalls verzichten. Unter verschiedenen Vorwänden bleibt daher das Verbot, nichtkatholischen Gewerkschaften beizutreten, in Kraft.

Entscheidend ist die Wandlung der Linken. Die Sozialistische Arbeiterpartei wurde in «Partei der Arbeit» umbenannt. Im Gegensatz zu England und zur eigenen Vergangenheit gibt es keine der Partei direkt angeschlossenen Gewerkschaften mehr.

Schon 1878 gab es in Holland Anfänge einer Arbeiterbewegung. Der anarchistische Bazillus tötete das neugeborene Kind. Erst 1894 folgte ein zweiter und diesmal geglückter Versuch. Pieder Jelles Troelstra, ein friesischer Pfarrer, war Begründer der Sozialistischen Arbeiterpartei. Ihre Basis aber bildete kein «nomadisches», sondern ein in Amsterdam seit dem 18. Jahrhundert ansässiges jüdisches Proletariat. Parteigeschichtlich sind hier jüdische und sozialistische Arbeiterbewegung ein untrennbares Ganzes. Im Mittelpunkt standen die international bekannten Diamantarbeiter Harry Polak, Josef Lootpuit und A. S. de Levita. Damals beschäftigte die Diamantindustrie 10 000 Menschen. 6000 bis 7000 waren klassenbewußte jüdische Arbeiter. Die Führer der 1892 begründeten Diamantenarbeitergewerkschaft leiteten gleichzeitig die Partei. Aus dieser Emanzipation entwickelte sich ein Kampf des jüdischen Proletariats gegen seine jüdischen Ausbeuter. Letzteren glückte es, das mit religiösen Schlagworten agierende Rabbinat miteinzuspannen. Moses Heß schrieb von Opfern, die die reichen Juden allzu gerne bringen würden, um das jüdische Proletariat zu schwächen. Orthodoxe Rabbiner störten sogar Arbeiterversammlungen, die unter Leitung Polaks, des ersten sozialistischen Gemeindevertreters, stattfanden.

Als 1916 das allgemeine Wahlrecht und 1919 das Wahlrecht für Frauen eingeführt wurde, war der Lohnkampf noch nicht abgeebbt. In einem Judenviertel erhielt die Sozialistische Arbeiterpartei 99 Prozent der Stimmen. Jüdische Ausdrücke gehören heute noch zum Wortschatz sozialistischer Parteiversammlungen. Viele Triumphe hat diese Arbeiterbewegung erkämpft. So setzte die holländische Diamantarbeitergewerkschaft als erste in Europa den Acht-Stunden-Tag durch.

Mit dem Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie fiel eine starke moralische Rückendeckung fort. 1937 wechselte das neue holländische Parteiprogramm von rot nach rosa hinüber. De Wolff, der große sozialistische Pionier – er gehört zu den wenigen jüdischen Überlebenden deutscher Konzentrationslager – war ein Mitglied der Programmkommission. Vom Marxismus versuchte er zu retten, was noch zu retten war. War 1937 die Klassenkampf-

parole gefallen, so verzichtete die nach dem Kriege wiederbegründete Partei nunmehr auch auf den historischen Materialismus. Sie ist ein Zusammenschluß aus früheren Sozialdemokraten, Radikalen und fortschrittlich - christlichen Gruppen. Voraussetzung zu dieser Kombination war die eifrig geübte Toleranz gegenüber der Religion.

Die holländische Partei der Arbeit nennt sich, um mit Drees' Worten zu sprechen, demokratisch-sozialistisch und gehört der COMISCO an. Im Mittelpunkt des Programms stehen Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Planwirtschaft und weitgehende staatliche Kontrollen. Ein besonderer Schutz kleiner selbständiger Industrien wird verlangt.

Für neue Sozialisierungen bringt man keinen großen Enthusiasmus auf. Auch betonen die Arbeiterparteiler, daß eine solche Politik unrealistisch wäre, weil sie sie als nur zweitgrößte Partei mit 27 Unterhausabgeordneten sowieso nicht durchsetzen könnten. An sich ist die Sozialisierung in Holland ziemlich weit fortgeschritten. Dem Staat gehören an Aktien unter anderem 100 Prozent der Eisenbahnen und der Nationalbank, 60 Prozent der Bergwerke, eine Majorität der KLM-Luftfahrtlinie und wichtige Anteile an der Stahlindustrie in IJmuiden. Provinzen und Gemeinden teilen sich in die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Schließlich bleibt der dem Meer abgerungene Boden Besitz der öffentlichen Hand und wird nur verpachtet.

Bei der Gründung der Partei der Arbeit tauchte die Befürchtung auf, daß viele ehemalige Sozialisten zu den Kommunisten übergehen würden. Tatsächlich war das aber nur ganz vereinzelt der Fall. Kritischer wurde die Auseinandersetzung während des Indonesien-Disputes, der ja die gesamte politische Atmosphäre Hollands vergiftete. 2000 bis 3000 Mitglieder verließen die Sozialdemokratische Partei, blieben aber größtenteils doch ihre Wähler. Ihr Austritt erfolgte als Protest gegen die «Polizeiaktionen» in Indonesien. Auch hatten diese radikaleren Kreise eine etwas enthusiastischere Zustimmung ihrer Partei zum indonesischen Souveränitätswechsel erwartet.

Heute scharen sie sich um die Zeitschrift «Vlam», die unter dem Namen «De Vonk» als illegales sozialistisches Blatt im Kriege begann. «Vlam» propagiert die «dritte Kraft». Sie sagt Stalin und dem Dollar gleichermaßen einen unerbittlichen Kampf an. Dr. Wolff, der prominenteste Mitarbeiter des «Vlam»-Kreises, verhinderte, daß aus dieser rein ideologischen Bewegung eine politische Partei wurde.

Linientreue Arbeiterparteiler – das heißt die gewaltige Majorität – behaupten, sie seien gegen den Souveränitätswechsel in Indonesien gewesen, weil sich die Träger des neuen Systems als japanische Quislinge entpuppt hätten. Von gegnerischer Seite wird diese These zurückgewiesen. Ein großer Teil der

indonesischen Regierungsmitglieder sei marxistisch geschult, hätte sich aber, von Japanern aus holländischen Konzentrationslagern befreit, kaum der Aufforderung widersetzen können, einen eigenen Staat zu gründen.

Sachlich muß festgestellt werden, daß heute die Partei der Arbeit am richtigsten für eine Verständigung mit Indonesien und für eine wirkliche Union – statt der bloß papiernen – eintritt. Ihrem Einfluß glückte es immerhin, das Abenteuer einer neuen Polizeiaktion während der Ambonerhebung zu verhindern. Drees und seine Freunde hätten sicherlich auch gerne die zusammengebrochene Neu-Guinea-Konferenz gerettet. Indonesien beansprucht den holländischen Teil Neu-Guineas, dieser zweitgrößten Insel der Welt. (Der andere Teil gehört Australien, das einen Souveränitätswechsel in so unmittelbarer Nachbarschaft als Bedrohung betrachten und nicht anerkennen würde.) Jeden Besitzer kostet dieses wertlose Gebiet einen Zuschuß von rund 200 Millionen Gulden jährlich. Für Indonesien ist es jedoch aus flottenstrategischen Gründen («Bedrohung durch die übermächtige holländische Marine») von Bedeutung. Weil die Haager Regierung keine neuen innerpolitischen Stürme heraufbeschwört, so muß sie einem sehr populären Schlagwort: «Wir geben nichts mehr freiwillig her», Rechnung tragen. Gegenwärtig geschieht das unter dem etwas fadenscheinigen Vorwand, daß man für die völlig unzivilisierten 100 000 eingeborenen Papuas moralisch verantwortlich sei. Auch das indonesische Angebot einer Garantie für die wirtschaftlichen Rechte der Holländer in Neu-Guinea hat keinen Stimmungswechsel erreicht.

Hauptleidtragende sind die auf einem Pulverfaß sitzenden 100 000 Holländer in Indonesien. Ihre persönliche Sicherheit ist heute gefährdeter denn je. Auch materielle Werte, die immerhin auf 2,5 bis 3 Milliarden Gulden geschätzt werden, stehen auf dem Spiel. Im Gegensatz zu den Engländern sind die Holländer schlechte Verlierer. Sie können den Verlust der indonesischen Reichtümer, die die Basis ihres eigenen Wohlstandes waren, nicht verschmerzen. Durch solche Ressentiments verliert Holland die Chance eines gleichen friedlichen Einflusses, wie ihn Großbritannien heute in Indien besitzt.

«Keinen Mann und keinen Cent für die Aufrüstung», hieß ein eisernes Prinzip der alten Sozialistischen Arbeiterpartei. Ihre Nachfolgeorganisation hat diesen Grundsatz längst aufgegeben. Sie erhebt keinerlei Widerspruch dagegen, wenn sich im Staatsbudget 1951 die Wehrausgaben, Marine inbegriffen, auf 859 Millionen Gulden beziffern, die sich um weitere zehn bis fünfzehn Prozent erhöhen dürften. (Für 1940 waren nur 230 Millionen Gulden vorgesehen.) Im vergangenen Jahre kostete allein die Rückbeförderung von Truppen aus Indonesien 270 Millionen Gulden. Wahrscheinlich wird ein großer Teil

dieser Soldaten reaktiviert werden, um den Kern der erweiterten Landarmee zu bilden.

Wenn auch offiziell die organisatorische Verschmelzung zwischen der «Partei der Arbeit» und der «neutralen Gewerkschaft» gelöst wurde, so bleiben doch enge Kontakte vorhanden. Beispielsweise ist der Arbeiterparteiabgeordnete Suurhoff gleichzeitig Gewerkschaftschef. Auch gehört der neutralen Gewerkschaft die Hälfte der Anteile des zentralen Parteiorgans «Het Vrije Volk». Mit 400 000 Mitgliedern ist sie mächtig und einflußreich.

Die liberale «Volkspartei für Freiheit und Demokratie» hat keine eigene Gewerkschaft, jedoch stehen ihr die organisierten Beamten und Büroangestellten nahe.

Vor einem halben Jahrhundert bildeten die holländischen Liberalen eine geschlossene Kampffront gegen den Klerikalismus. Indirekt einigten sie die katholischen und protestantischen Parteien zur Koalition. Der Kampf um christliche Schulen – sogenannte «Schulen der Bibel» – war wichtiger als der um alle sonstigen weltanschaulichen Gegensätze. Nominell Eigentum der Eltern, erhalten diese «freien» Schulen, deren Prägung ganz religiös ist, doch gleiche Staatssubventionen wie öffentliche. Selbst viele Sozialisten – in Holland gehören 20 Prozent der Bevölkerung keiner Konfession an – bevorzugen für ihre Kinder christlichbetonten Unterricht.

In der Zweiten Kammer gab es vier liberale Abgeordnete. Heute ist die Zahl auf das doppelte angewachsen. Eine kraftvolle Unterstützung bedeutet der «Nieuwe Rotterdamse Courant». Unter Chefredaktion Rooy's ist er Hollands anerkannteste Tageszeitung. Ein anderer Rotterdamer, Oberbürgermeister P. J. Oud – von 1933 bis 1937 Finanzminister –, führt den Parteivorsitz. Auch er gehörte zu den Liberalen, die sich der «Partei der Arbeit» angeschlossen hatten, um sie 1947 wieder zu verlassen. Diese altliberalen Kräfte und die etwas farblose, aber jedenfalls rechtsgerichtete «Freiheitspartei» repräsentieren, seit 1948 vereinigt, die liberale Politik.

Im letzten Augenblick hatten die liberalen Parlamentsgruppen mit ihrem Außenminister Dr. D. U. Stikker für den Souveränitätswechsel in Indonesien gestimmt. Erbitterte innere Kämpfe waren vorausgegangen. Hollands Liberale, die links von den belgischen und rechts von den englischen stehen, treten für sehr weitgehende freie Initiative ein. Gleichzeitig ist «Vollbeschäftigung» eine programmatische Hauptforderung. An das soziale Gewissen der Arbeitgeber wird ausdrücklich appelliert. Nur dann, wenn die Privatwirtschaft versagt, soll der Staat die Sozialfürsorge übernehmen. Gewinnbeteiligung aller Betriebsangehörigen wird energisch verlangt.

Antirevolutionäre Partei und Christlich-Historische Union (mit 13 respek-

tive 9 Sitzen in der Zweiten Kammer) sind die beiden protestantischen Gruppen. Wenngleich sich ihre Ideologie schwer auf einen Nenner bringen läßt, könnte man sie konservativ nennen, bei der Union mit etwas stärkeren radikalen Unterströmungen.

Innerhalb der Christlich-Historischen Union gehört die Mehrheit der Wähler zur großen Volkskirche, die auch die Kirche des Königshauses ist. Den Antirevolutionären schlossen sich vor allem Anhänger calvinistischer Freikirchen an. Wie man mich belehrte, gibt es nicht weniger als fünfzig solcher Religionsgemeinschaften. Von sich selbst behaupten sie, die Volkskirche an Bibelfestigkeit und dogmatischer Orthodoxie zu übertreffen.

Calvinistische Moralregeln sind drakonisch streng. Sogar Gesellschaftstanz und harmloser Kinobesuch bleiben verboten. In kleineren Orten ist sonntags der zwei- bis dreimalige Kirchgang eine Selbstverständlichkeit. Zur «Sabbathruhe» gehört auch das Spielverbot für Kinder. Geld wird weder ausgegeben noch eingenommen. Daher serviert man einem Fremden sonntags keine Mahlzeit, so daß er seinen Hunger im katholischen Nachbardorf stillen muß. Katholiken und Protestanten stehen einander teils fremd, teils feindselig gegenüber.

Die Antirevolutionäre Partei möchte die Sozialfürsorge aus den Händen des Staates genommen und in die gesellschaftlicher Organisationen gelegt sehen. Ihre Indonesien-Linie ist unversöhnlich. Bis zum letzten Augenblick wurde mit allen Mitteln gegen den Souveränitätswechsel gekämpft. (Einer der Vorwände: «Gegen revolutionäre Wendungen jeder Art», ein anderer: «Gottgewollte Verantwortung für die gelben Brüder».) Nachdem der indonesische Staat eine historische Tatsache geworden ist, lehnt es die Antirevolutionäre Partei ab, der Regierung beizutreten, die das nicht verhinderte.

Weniger fanatische Holländer erkennen die außenpolitischen Begleiterscheinungen und Rücksichten an. Die angelsächsische Haltung in dieser Frage hat deutlich fühlbare Mißstimmungen gegen Amerika und Großbritannien hervorgerufen. Beiden Mächten nimmt man es auch übel, daß sie versuchen, Holland mehr oder minder auf eine Landesverteidigung zu beschränken. Kriegsmarinetraditionen sind hier sehr stark. Solches Mißbehagen wird zwar von der Russenfurcht dieses bewußten Atlantikpakt-Volkes überschattet, ist aber als Symptom erwähnenswert.

In der Christlich-Nationalen Gewerkschaft (160 000 Mitglieder) befinden sich wohl ausschließlich Protestanten. Auch die Organisationen der Arbeitgeber sind nach konfessionellen Gesichtspunkten getrennt (Protestanten, Katholiken und mehr freireligiöse Kräfte). Werden aber wichtige Fragen verhandelt, so siegt doch das gemeinsame Interesse. Diese Feststellung gilt für Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Vor kurzer Zeit wurde ein sozialökonomischer Rat ins Leben gerufen, der sich zu je einem Drittel aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und überparteilichen, von der Regierung ernannten Persönlichkeiten zusammensetzt. Daneben existiert die schon bewährte «Stiftung der Arbeit». Etwa nach schwedischem Saltjöbaden-Vorbild setzt sie sich aus Repräsentanten der großen Unternehmer- und Gewerkschaftsverbände zusammen. Auf autonomer Grundlage sollten dem durch Kriegezerstörungen weißgebluteten Lande Streiks erspart und der Arbeitsfriede erhalten bleiben. Jahr um Jahr wachsen die Erfolge in dieser Richtung. So verlor Holland im ersten Halbjahr 1949 noch 258 083 Arbeitstage durch Konflikte, 1950 im gleichen Zeitraum nur noch 9497.

In jeder Lohnangelegenheit ist die Zustimmung der Regierungsvertreter notwendig. Diese können aber auch von sich aus Verfügungen erlassen. Zuletzt geschah das, um durch fünfprozentige Erhöhung die Löhne den Preisen mehr anzugleichen. Wenn in Luxemburg und Belgien behauptet wird, der holländische Arbeiter habe einen niedrigeren Lebensstandard, was die Realisierung von Benelux hinauszögere, so scheint mir diese Darstellung unrichtig. Bei weit geringeren Preisen sind auch geringere Löhne eine volkswirtschaftlich tragbare Parallele. Wie ich mich mehrfach überzeugen konnte, ist das Wohnniveau selbst niedrigerer Einkommensklassen ein überdurchschnittlich hohes. Weit einleuchtender sind belgisch-luxemburgische Befürchtungen, im Beneluxrahmen mit holländischen Landwirtschaftsprodukten, vor allem Gemüse, überflutet zu werden. Dank weicher Währung, besserem Boden und vorbildlicher Rationalisierung steht hier Holland fast konkurrenzlos da.

Ganz außerhalb der «Stiftung der Arbeit» befinden sich die Kommunisten. Mit acht Sitzen in der Zweiten Kammer sind sie sehr schwach geworden. Nach dem Kriege wurde eine kommunistische Gewerkschaft gegründet. Ihr irreführender Name «Einigkeit» lockte anfangs auch Nichtkommunisten an. Bald realisierten sie jedoch, daß es sich nur um eine Moskauer Filiale handelte und sprangen ab. Die Zahl der übriggebliebenen Mitglieder beträgt 70 000 bis 80 000. Selbst im Amsterdamer und Rotterdamer Hafen, den einstigen Hochburgen, verloren die Kommunisten schon 1948 ihre Majorität. Unter relativ starkem kommunistischem Einfluß stehen noch das Baugewerbe und die Elendsgebiete um Groningen und Trente, ausgesprochene Moorgegenden, wo frühere Regierungen nur wenig für Arbeitsbeschaffung taten.

Ihre gewerkschaftliche Isolierung ist für die Kommunisten unvorteilhaft geworden, da sie sie aller Zersetzungsmöglichkeiten innerhalb der anderen Gewerkschaften beraubt. Die Regierung lehnt es ab, mit Kommunisten zu verhandeln. Dadurch sind gelegentliche kommunistisch arrangierte Streiks

unoffiziell geworden. Zumeist müssen sie aus Mangel an Streikgeldern nach kurzer Dauer wieder abgebrochen werden.

Auf dem Gebiet der Krankenfürsorge, der Alterspensionen und der Kinderzuschüsse kann die holländische Regierung mit ihren Leistungen zufrieden sein. Sie kürzte sie auch nicht während kostspieligster Wiederaufbauoperationen. Am Ende des Krieges waren Stadt und Hafen Rotterdam nur noch Trümmerhaufen. Alle wichtigen Brücken waren vernichtet. In Limburg stand kein Kirchturm mehr. Der dem Wasser mühsam abgerungene Wieringermeerpolder war überflutet (Wiederherstellungskosten: 50 Millionen Gulden). Auch hatten die Deutschen viele Personen- und Lastautos, Eisen- und Straßenbahnwagen fortgeschleppt, auch mehr als eine Million Fahrräder erbeutet. Insgesamt wird der Schaden auf 24 Milliarden Gulden geschätzt.

Wunder des Aufbaus sind teils mit eigenen Mitteln und teils mit ERP-Geldern vollbracht worden. Nur Rotterdam erinnert noch teilweise an die Vernichtungsperiode. Seine Verkaufsbuden sind nicht schöner als die Münchens oder Frankfurts. Im Mittelpunkt des Wiederaufbaus stand ein recht ambitioniertes Wohnbauprogramm. Für Holland ist es noch bedeutungsvoller als anderswo. Gesellschaftliches und Familienleben sind fast identisch. Praktisch beschränkt sich die Rolle der verheirateten Frau auf das Heim. Daher ist sie politisch sehr schwer zu aktivieren.

Unter allen europäischen Staaten ist Holland, dessen Bevölkerung sich innerhalb eines Jahrhunderts verdreifachte, das Land mit der höchsten Geburten- und der niedrigsten Sterblichkeitsziffer. Nach Schätzungen des Ministerpräsidenten Drees müssen jährlich rund hunderttausend Menschen auswandern. Soll diese Zahl nicht noch größer werden, so muß Holland ein Beschäftigungsventil schaffen durch Ausbau der Industrie und durch Vergrößerung der Handelsflotte, die heute den dritten oder vierten Platz in der Welt einnimmt. 44 Prozent des Schiffsraumes waren durch den Krieg verlorengegangen. 1949 hatte die Handelsmarine jedoch (als Devisenquelle) ihren Vorkriegsstand wieder erreicht, selbstverständlich mit neueren und moderneren Schiffen. Der Hafen Rotterdam, gleichfalls gänzlich restauriert, wartet auf größere deutsche Aufträge. Grundsätzlich ist Deutschland gegenwärtig der wichtigste Absatzmarkt für die Holländer, was eingefrorene Sympathien leicht auftaut.

An dritter Stelle in der Welt, gleich nach Großbritannien und Schweden, steht die holländische Schiffsbauindustrie. Sie gibt 45 000 Menschen Brot und Arbeit und produziert sogar Tankschiffe von 16 000 Tonnen für Norwegen.

Insgesamt ist der holländische Produktionsindex seit 1939 um 26 Prozent angestiegen. 37 Prozent der Bevölkerung arbeiten bereits in Fabrikbetrieben.

Bis zum Jahre 1955 sollen weitere 245 000 Arbeitsstellen durch in- und ausländische Kapitalinvestitionen im Betrage von 2,9 Milliarden Gulden geschaffen werden. Als Leistungsvorbilder dienen die Schiffswerften, die Diamantenwerkstätten, Philips Radio- und Elektroindustrien und die Delfter Kabelwerke. Auch die Fokkerwerke und die Amsterdamer Fordfabrik schaffen viel Arbeit. Im Südosten, der sich ganz zum Industriegebiet umwandelt, wird Enkalon, ein nylonähnliches Produkt, hergestellt. Dortige Bohrtürme decken bereits einen Drittel des holländischen Petrolbedarfs.

Strohballen werden nach einem komplizierten chemischen Verfahren zu Kartons und zu einem Rohstoff für Bauplatten umgewandelt, der in England, den Vereinigten Staaten und Südamerika einen Rekordabsatz findet. Auch die Stickstoff-, Strohzellulose-, Spiegelglas- und Stahlplattenproduktion werden ständig ausgebaut. In der Bekleidungsindustrie finden nicht weniger als 60 000, in der Genußmittelindustrie 130 000 Menschen Beschäftigung. Ijmuidens Hochöfen verdanken größtenteils staatlicher Initiative ihre Existenz.

Einen besonderen Anteil an der holländischen Steigerung von Exportgütern (seit 1948 um 50 Prozent) hat auch der katholische Süden (Kohle, Lebensmittel, Textilien, Stickstoffe, Lastautomobile usw.).

Hier macht sich der Bevölkerungsdruck am empfindlichsten spürbar. In ganz Holland aber führte er zu einer anomal dichten Besiedlung (723 auf eine Quadratmeile, gegenüber 512 in Großbritannien und 217 im Staate von New York).

Man pflegt in Holland zu sagen: «Gott hat die Welt geschaffen, aber die Holländer schufen die Niederlande.» 40 Prozent des gesamten Territoriums sind friedlich erobert, das heißt dem Meere abgerungen worden. Ein neuer Polderbauer verfügt durchschnittlich über 32 Hektaren Land. Da es sich um eine Erbpacht handelt, wird sie nur an ausgewählte Leute erteilt. Im allgemeinen haben zweite und dritte Söhne von Bauern den Vorzug.

Einen vollen Tag lang fuhr ich durch Poldergebiete, die vor zehn Jahren noch unter Wasser lagen und wo heute fruchtbarstes Land blühende, moderne Ortschaften ernährt. Ein einziger Polder bietet 50 000 Menschen eine neue Heimat. Nach dem Abschluß der gegenwärtigen Trockenlegungsprojekte werden es 300 000 Menschen sein.

Mit diesen Polders, deren Schöpfung auf modernste wissenschaftliche Art erfolgt, rundet sich das Bild eines seltsamen Volkes, das ebenso viele Züge neuzeitlichsten Fortschritts wie mittelalterlicher Traditionen aufweist.

Copright by A. J. Fischer